

EUROPÄISCHE UNION



# EUROPÄISCHE UNION

Seit den 80er-Jahren trat die Vorarlberger Arbeiterkammer vehement für einen Beitritt Österreichs in die EG und hernach in die EU ein. Sie setzte alles daran, um ihre teils zweifelnden Mitglieder zu überzeugen. Auch die Einführung des Euro wurde sehr begrüßt. Die AK war jedoch skeptisch gegenüber dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und Ende der 90er-Jahre über die sogenannte europäische Osterweiterung. Im Prinzip war man aus politischen Gründen zwar dafür, aber man setzte auf Zeit, um die schwierige Integration der EU nicht zusätzlich zu belasten. Die Arbeiterkammer verschwieg nicht die Probleme, die auf die Österreicher zukommen könnten. Durch höhere Bildung und technische Innovationen seien diese jedoch zu meistern. Ein Hauptanliegen der AK war es, dass durch die Integration in ein vereintes Europa die hohen sozialen Standards in Österreich nicht verringert werden dürften.

Im Jahr 1957 wurden in Rom die Verträge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) unterzeichnet. Zehn Jahre später kam es zur Zusammenlegung der Organe der drei Gemeinschaften – EGKS, EWG und EURATOM zur Europäischen Gemeinschaft (EG). Das Jahr 1979 brachte einen weiteren entscheidenden Schritt zur zukünftigen EU: Erstmals wählten die EG-Bürger Abgeordnete direkt in das Europäische Parlament, und die Europäische Währungseinheit – der Ecu – wurde



Die Arbeiterkammer Vorarlberg war ein starker Befürworter für den Beitritt Österreichs in die EU.

Der EWR brachte ein wesentlich größeres Warenangebot mit sich, aber auch mehr Verunsicherung des Konsumenten.



geschaffen. Als sich die zwölf Mitgliedstaaten 1986 in den „Einheitlichen Europäischen Akten“ einen gemeinsamen Binnenmarkt bis 1993 zum Ziel setzten, trat in der AK Vorarlberg die europäische Frage in den Vordergrund. In einer Resolution des ÖAAB im Zusammenhang mit der Sanierung des österreichischen Bundesbudgets 1987 wurden unter anderem „*verstärkte Bemühungen um Integration in die EG*“ gefordert.<sup>1</sup>

Von nun an befasste sich die AK zunehmend mit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft, wozu es jedoch vorerst keine klaren Informationen gab. Dennoch meinte Präsident Josef Fink bei der Vollversammlung des Jahres 1988: „*Trotz vieler ungeklärter Fragen tendiert die öffentliche Meinung zu einem klaren Bekenntnis zum Vollbeitritt Österreichs in die EG.*“ Und dies war auch seine persönliche Meinung. Fink knüpfte daran vorausblickend eine Reihe von Maßnahmen, um konkurrenzfähig zu sein: Er forderte eine Umgestaltung der österreichischen Wirtschaftsstruktur, bildungs- und technologiepolitische Maßnahmen und die Verhinderung Österreichs als Billiglohnland. Zur EG gebe es keine Alternative, es bleibe „*nur der Schritt nach vorne*“.<sup>2</sup>

Auch der ÖAAB wurde mit einer Resolution aktiv: Er klagte die SPÖ-ÖVP-Koalitionsregierung an, sie habe es bislang versäumt, umfassende Untersuchungen über die Vor- und Nachteile eines eventuellen Beitritts Österreichs zur EG vorzulegen. Es seien jedoch alle Schritte in die Wege zu leiten, die „*einen EG-Beitritt bis 1992 (!) möglich*

*machen*“. Damit lag der ÖAAB ganz auf der Linie des seit einem Jahr im Amt befindlichen Landeshauptmannes Martin Purtscher, ein überzeugter Anhänger der EG. Die AK-Zeitung versuchte einen zukünftigen Beitritt ihren Lesern „schmackhaft zu machen“: Jeder österreichische Arbeitnehmer könne in einem EG-Land eine Arbeit aufnehmen, er benötige dazu weder eine Beschäftigungs- noch Aufenthaltsgenehmigung.<sup>3</sup>

Erst 1991 wurde die Fraktion Sozialistischer Gewerkschaften (FSG) aktiv. Sie war jedoch skeptisch, was in einer Resolution zum Ausdruck kam: Die sozialen Errungenschaften der österreichischen Arbeitnehmer dürften durch einen EG-Beitritt keinesfalls geschmälert werden, etwa mit dem Argument einer Wettbewerbsfähigkeit. Es sei „*absolute Dringlichkeit*“, dass noch vor einem Beitritt eine Kodifizierung des individuellen Arbeitsrechtes vorgenommen werde. Vor allem seien die rechtlichen Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten auszuräumen. Dieser Appell wurde auch an den ÖGB gerichtet.<sup>4</sup>

Zur selben Zeit zeichnete sich eine weitere Variante einer europäischen Einigung ab, es war der Europäische Wirtschaftsraum (EWR). Bereits im Jahr 1990 hatten konkrete Verhandlungen begonnen, um den EFTA-Staaten, zu denen auch Österreich zählte, die weitgehende Beteiligung am EG-Binnenmarkt zu ermöglichen. Das betraf die „vier Freiheiten“ des Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs mit Sonderregelungen für Agrarprodukte. Damit hatte jedoch die AK



Die Bedenken gegen eine übereilte Osterweiterung kamen auch in einer Resolution der AK-Vollversammlung klar zum Ausdruck.

Vorarlberg keine Freude: Präsident Josef Fink riet, „den Vertrag vorerst nicht zu unterzeichnen. Er diene möglicherweise nur einem Unterlaufen der EG-Mitgliedschaft“, führe in der Landwirtschaft zu Problemen und biete nur mangelhaften Schutz vor dem Ausverkauf von Grund und Boden an damalige Ausländer. Er schlug gar eine Volksabstimmung über den Vertrag vor.<sup>5</sup> Auch AK-Direktor Heinz Peter und der für EU-Fragen zuständige Direktor-Stellvertreter Rainer Keckeis äußerten sich ausführlich zur EWR-Problematik und kamen jedoch zum Ergebnis, dass ein Beitritt letztlich für Österreich nur Vorteile bringe. Probleme sahen sie beim Konsumentenschutz, wodurch der Tätigkeit der Arbeiterkammer besondere Bedeutung zukomme.

Wie sehr Zweifel am EWR-Vertrag vorhanden waren, brachte auch der ÖGB zum Ausdruck, der eine Ratifizierung des Vertrages gar ablehnte: Europa dürfe nicht ein Europa der „Wirtschaft“ werden, es müsse eines der „Arbeitnehmer“ sein. Am 6. Dezember 1991 lehnten schließlich die Schweizer Nachbarn, wenn auch nur sehr knapp, mittels einer Volksabstimmung den Beitritt zum EWR ab. Dennoch – im Jahr 1994 entschieden sich Österreich neben Island, Norwegen, Schweden und Finnland für den EWR.

Die Arbeiterkammer, die Gewerkschaften und Betriebsräte standen vor einem Problem: Die EG-Befürworter lockten mit billigen Preisen und höherer Kaufkraft. Sie sahen aber auch härtere Bedingungen für Arbeitgeber und

Arbeitnehmer und einen Sozialgesetzabbau auf die Gesellschaft zukommen. Schließlich schuf 1993 eine Umfrage unter Betriebsräten zum EU-Beitritt „Klarheit“: Eine deutliche Mehrheit erwartete sich eine Besserstellung für die Betriebe und nur 18,9 % eine Verschlechterung.<sup>6</sup> Aber einen „Ausweg“ gab es ohnedies nicht mehr: Im Jahr 1993 wurde nämlich der europäische Binnenmarkt vollendet, und es trat der Vertrag von Maastricht in Kraft: Er begründete die Europäische Union!

Der Information auf höchster Ebene diente auf der 126. Vollversammlung des Jahres 1993 die Einladung von ÖVP-Bundesminister Jürgen Weiss, er sprach zum Thema „Herausforderungen und Chancen für den Wirtschaftsraum Vorarlberg“ durch einen EU-Beitritt. Weiss war in Vorarlberg kein Unbekannter: Er war Landesgeschäftsführer der Vorarlberger Volkspartei gewesen, Mitglied des Bundesparteivorstandes der ÖVP, Bundesrat und seit 1991 Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform. Von ihm waren endlich „klare Auskünfte“ zu erwarten. Als Problembereiche sah Weiss in Österreich die hohe Abgabenquote und die hohen Arbeitskosten. Doch die Vorteile eines EU-Beitritts würden überwiegen – ein höheres Wirtschaftswachstum und ein Ausgleich struktureller Wirtschaftsschwankungen seien zu erwarten. Der Vorarlberger Wirtschaft und ihren Beschäftigten streute der Bundesminister Rosen. Als deren Merkmale hob er hervor: große Leistungsbereitschaft, professioneller Umgang mit ausländischer

Konkurrenz, die Nähe zu den Nachfragezentren in der EU, qualifizierte Arbeitskräfte, eine hohe Lebens- und Freizeitqualität und politische und soziale Stabilität. In Vorarlberg sollte man jedoch auf ständige technische Innovationen achten, auf eine verstärkte Lehrlingsausbildung und auf die Schaffung einer Fachhochschule. Aber dann kamen doch auch Bedenken: *„In jedem Fall werde es keine langfristigen Sicherheiten mehr geben. [...] Eine lebenslängliche Vollbeschäftigung werde nicht mehr möglich sein.“*<sup>7</sup>

Erstmals kam bei dieser Vollversammlung durch den Präsidenten Fink ein Thema zur Sprache, das für Vorarlbergs Exportwirtschaft Bedeutung erlangen sollte – es war die *„Ostöffnung“* bzw. EU-Osterweiterung. Europa und Österreich müssten diese anstreben, nachdem der Eiserner Vorhang gefallen sei. Sie biete *„längerfristig die Grundlage für ein friedliches, demokratisches und wirtschaftlich starkes Europa. Dies sei die Voraussetzung, um in einem Wirtschaftskrieg zwischen USA, Japan und Europa Vorteile herauszuarbeiten“*.<sup>8</sup>

Im Jahr 1995 fand die für die Zukunft Österreichs entscheidende Volksabstimmung über einen Beitritt zur EU statt. Fink hatte schon im Mai 1994 klargestellt: *„Eine Alternative zur EU ist nicht sichtbar.“* Vorausblickend hatte sich die AK schon seit Jahren für die Information ihrer Mitglieder eingesetzt. Für Vorarlberger Betriebe und ihre Mitarbeiter hielten AK-Direktor-Stellvertreter Rainer Keckeis gemeinsam mit Walter Venier, EU-Referent der Wirtschaftskammer Vorarlberg, 111 Informationsveranstaltungen ab! Bereits 1992 war eine „AKut-Sondernummer“ erschienen, die über die Institutionen der EG informierte, Verfasser war der stellvertretende AK-Direktor Rainer Keckeis. Wenige Wochen vor der Volksabstimmung meinte er in einem Interview: *„Keine Lobgesänge, aber ein klares Ja zum Beitritt.“* Er beruhigte die Landwirte und sicherte die Beibehaltung des hohen Standards des österreichischen Sozialsystems zu. Er entkräftete ein Hauptargument der EU-Gegner und Ultraföderalisten: *„Die Angst vor der Allmacht Brüssels ist aber auch deshalb weitgehend unbegründet, weil letztlich immer die Fachminister der einzelnen Mitgliedsländer entscheiden, was EU-Recht wird oder nicht.“*<sup>9</sup> Alles in allem, die AK Vorarlberg hatte *„durch eine Reihe von Aktionen erhebliche Aufklärungsarbeit geleistet“*.<sup>10</sup>

Am 12. Juni 1994 lag das mit Spannung erwartete Ergebnis der Volksabstimmung vor. 66,6 % der Österreicher hatten mit „Ja“ gestimmt. Vorarlberg lag mit derselben Prozentzahl genau im österreichischen Durchschnitt.

Innerhalb des Landes zeigten sich jedoch deutliche Unterschiede der Ergebnisse. Der stark industrialisierte Norden des Landes wies 68 % Ja-Stimmen aus, der Süden „lediglich“ 64,8 %. Nicht zuletzt war das gute Wahlergebnis auch die Folge der klaren Zustimmung durch die Vorarlberger Wirtschaftskammer, deren Präsident Josef Bertsch *„Vorteile für die gesamte Bevölkerung“* sah und versprach, seine Kammer werde die Betriebe bei ihren Exportgeschäften unterstützen. Strukturanpassungen und flexible Arbeitszeiten seien jedoch vonnöten.<sup>11</sup> Im Jahr 1995 trat Österreich der EU bei.

In den darauffolgenden Jahren waren zahlreiche Vorarlberger von der EU enttäuscht. Die AK erklärte dies damit, dass man den Menschen viele Versprechungen gemacht habe. Doch es werde zunehmend von der Industrie investiert, es seien die Arbeitslosigkeit und die Preise für Konsumgüter gesunken. Weder seien die befürchteten Wanderbewegungen aus dem Ausland am Arbeitsmarkt eingetreten, noch habe sich die Sozialgesetzgebung verschlechtert. *„Hier dringen die negativen Meldungen öffentlich viel stärker durch. Dies würden sich besonders Populisten gerne zu Nutze machen.“* Gemeint war die EU-skeptische FPÖ mit ihrem Parteivorsitzenden Jörg Haider, der zur selben Zeit die „Sinnhaftigkeit“ der Arbeiterkammern vehement anzweifelte.<sup>12</sup>

Nach einem Jahr EU wollte die Arbeiterkammer wissen, was ihre Mitglieder vom neuen Kurs hielten und initiierte zu diesem Zweck eine Leserbefragung. Die wiedergegebenen Kommentare waren überwiegend negativ bzw. neutral! Die positiven Einstellungen bezogen sich hauptsächlich auf eine Verbilligung der Lebensmittel. Tatsächlich aber profitierte die heimische Exportindustrie enorm. Die Vorarlberger Lebensmittelindustrie expandierte, der Vorarlberger „Kartoffelkönig“ (11er) hatte z. B. seine Exporte mehr als verdoppelt, selbst die angeschlagene Textilindustrie hatte Marktanteile gewonnen. *„Einem Durchschnitts-Haushalt blieben somit am Jahresende (1995) 4.000,- Schilling mehr als 1994.“*<sup>13</sup>

Aber schon drohten weitere Herausforderungen für die Arbeitnehmer, die auf der AK-Vollversammlung 1997 zur Sprache kamen. Es ging um die geplante EU-Osterweiterung, *„ein problematisches Unterfangen“*, welches das gesamte europäische Integrationsprojekt gefährden könnte.<sup>14</sup> Zu diesem Zweck hatte die AK ebenfalls eine Befragung unter Vorarlbergern durchgeführt, mit dem klaren Ergebnis, dass eine solche *„zum jetzigen Zeitpunkt“* nur von 12 % für sinnvoll gehalten wurde. Interessant war die Feststellung, dass unter Frauen und Angestellten

Die Arbeiterkammer informierte die Arbeitnehmer stets über die Chancen und Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft.



die Befürworter stärker vertreten waren, dass man „*der Idee eigentlich etwas abgewinnen*“ konnte.<sup>15</sup>

Um es klar zu stellen, das höchste Gremium der AK Vorarlberg befürwortete die „*historische Dimension*“ einer EU-Osterweiterung, musste jedoch auf seine Mitglieder Rücksicht nehmen, die überwiegend eine „Mitfinanzierung“ dieses Projektes ablehnten.<sup>16</sup> Ferner wurde von einigen Kammermitgliedern, die Ostasiens „Tigerstaaten“ bereist hatten, vor deren Billiglohnkonkurrenz gewarnt. „*Die moderne Ausbeuterei in diesen asiatischen Staaten ist Freiheit pur für den Kapitalismus und dort, wo große gesellschaftliche Probleme anstehen, werde mit Diktatur pur reagiert.*“ In Anbetracht dieser Erscheinungen dürfe Österreichs Wirtschaft nicht billiger, sondern sie müsse besser werden.<sup>17</sup>

Schließlich kam die Einführung einer europäischen Währungsunion zur Sprache. Zu diesem Zweck hatte sich die AK anlässlich der 133. Vollversammlung als Gastreferenten Markus Marterbauer vom WIFO geholt. In seinem Referat plädierte er für eine Währungsunion und den sogenannten Euro. Denn: Feste Wechselkurse seien wachstumsfördernd, führten zu niedrigen Zinsen und – da sollte sich der Referent irren – „*wird die Macht der Devisenmärkte gebrochen*“.<sup>18</sup>

1998 beschlossen die Regierungschefs der EG in Brüssel die Einführung des Euro. Im September 2001 verteilte die Österreichische Nationalbank die ersten Euromünzen. Der Schilling verlor zum Kummer und Ärger für viele im

März 2002 seine Gültigkeit als offizielles Zahlungsmittel. Laut einer Umfrage der AK Vorarlberg fühlte sich 1999 mehr als die Hälfte der Vorarlberger Arbeitnehmer über den Euro „*sehr gut informiert*“ oder „*informiert*“, was immer dies bedeuten konnte. Ein „*hohes*“ oder „*sehr hohes Vertrauen*“ in die neue Währung besaßen jedoch nur 30 %. Um Preissteigerungen hintanzuhalten, forderte die AK eine gesetzlich verpflichtende doppelte Preisauszeichnung und sah auf den Konsumentenschutz neue und bedeutende Aufgaben zukommen.<sup>19</sup> Ein Jahr später war das Vertrauen in den zukünftigen Euro noch mehr gesunken, weil er gegenüber dem Dollar und Schweizer Franken an Wert verloren hatte.

Präsident Josef Fink hielt die Einführung des Euro nur unter folgenden Rahmenbedingungen für vorteilhaft und wirtschaftsstabilisierend: bei einer klugen Sicherheits- und Außenpolitik, Einschränkung des Öko- und Sozialdumpings, bei Vermeidung von Währungsspekulationen, einem flächendeckenden Bildungssystem, einer Weiterentwicklung in der Energie- und Umwelttechnologie und schließlich bei einem vermehrten globalen und vernetzten Denken, um flexibler zu werden.<sup>20</sup>

Die AK scheute dennoch keine Mühen, um die Bevölkerung über die neue Währung aufzuklären. Im Jahr 2001 gab sie eine kostenlose Euro-Broschüre für Konsumenten heraus und besaß sogar eine „*Euro-Hotline*“, die häufig gestellte Fragen beantwortete.<sup>21</sup> Und kaum waren die Münzen auf dem Markt, gab es ein weiteres Problem:

Der Handel forderte nämlich die Abschaffung der 1- und 2-Cent-Münzen. Ihre Handhabung sei zu „umständlich“. Die AK war strikte dagegen. Dadurch komme es zu „Aufrundungen“ der Währung, zu Preissteigerungen und zu Inflation. Eine solche Aufrundung auf 5-Cent-Münzen „könnte die Konsumenten pro Jahr umgerechnet tausende Schilling“ kosten.<sup>22</sup>

Zum Ende des Jahres 2004 zog Präsident Fink zehnjährige Bilanz über den Beitritt Österreichs zur EU: „Eine Erfolgsgeschichte mit Einschränkungen.“ Zu den positiven Seiten gehörte, dass Vorarlbergs Warenexporte auf einem bereits hohen Niveau um mehr als ein Viertel zugenommen hatten. Die Preise waren stabil geblieben und lagen sogar unter dem Niveau vor 1995. Enorm gestiegen war das Angebot an Konsumgütern und Lebensmitteln. Andererseits stagnierten die Einkommen der Arbeitnehmer, während die Steuerbelastungen für Unternehmer, Freiberufler und Vermögende laufend sanken. „Die EU läuft trotz aller Bekenntnisse zum Sozialstaat und zur gerechten Verteilung des Wohlstands in Richtung Entsolidarisierung und Amerikanisierung.“ Die EU müsse stärker als bisher die Beschäftigungsfrage in den Mittelpunkt stellen.<sup>23</sup>

Wenn auch diese Anfangsschwierigkeiten überwunden werden konnten, die Zweifel am Nutzen der EU blieben dennoch bei vielen Vorarlbergern vorhanden. Josef Fink hatte dazu seine Erklärung: Die EU-Politik verstecke sich zu sehr „in der Anonymität“. Fink kritisierte dazu die Mitgliedstaaten selbst, die zu wenig ihre Staatsbürger informierten. Und dann richtete sich seine Abneigung vor allem gegen die „30.000 Wirtschafts-Lobbyisten in Brüssel“, denen man bislang nichts entgegenzusetzen habe. Was

diese Erscheinung in Österreich bisher verhindert habe, verdanke man der effektiven Sozialpartnerschaft, einem Modell, das jedoch nicht auf Europa übertragen werden könne, weil die einzelnen Sozialpartner zu wenig organisiert und vernetzt seien.<sup>24</sup>

Im Februar 2005 meldete sich die AK lautstark zu der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Rahmenrichtlinie zur Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs und sah darin einen „massiven Anschlag auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften“. Die AK startete deshalb eine Unterschriftenkampagne gegen die geplante Dienstleistungsrichtlinie der EU. Als besonders problematisch befand AK-Präsident Fink die „Einführung des sogenannten Herkunftslandprinzips“, weil dies zu einer weitestgehenden Verdrängung der Vorschriften jenes Landes führt, in dem die Dienstleistung erbracht wird. Rund 250 Vorarlbergerinnen und Vorarlberger folgten einer Einladung der AK und des ÖGB und nahmen an einer Demonstration „gegen das neue EU-Herkunftslandprinzip in Straßburg“ teil.<sup>25</sup> Die europaweiten Proteste lohnten sich. Der im April vorgelegte neue Entwurf war für AK-Direktor Rainer Keckeis „ein klarer Erfolg für Europas Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“. Das Herkunftslandprinzip war nicht mehr explizit in der Richtlinie enthalten, und es waren auch das Arbeitsrecht und die Sozialstandards des jeweiligen Ziellandes anzuwenden.<sup>26</sup>

Nach zwanzig Jahren EU-Beitritt widmete sich die Zeitung AKtion in der Serie „Die EU einfach erklärt“ dieser Thematik, um darauf hinzuweisen, wie sehr die „EU bereits im Alltag steckt“. „Europa betrifft mich nicht“, könne man nur sagen, „wenn man nicht atmet, kein

**Beschäftigungsverhältnisse in Vorarlberg 2008 bis 2014 (Jahresdurchschnitte) – gesamt sowie InländerInnen und AusländerInnen (jeweils Männer und Frauen)**

	Unselbstständig gesamt			davon InländerInnen			davon AusländerInnen		
	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen
2008	80.014	64.163	144.177	62.356	53.339	115.695	17.658	10.824	28.482
2009	78.002	64.361	142.363	61.266	53.708	114.974	16.736	10.653	27.389
2010	78.870	65.397	144.267	61.638	54.365	116.003	17.232	11.032	28.264
2011	80.362	67.198	147.560	62.277	55.523	117.800	18.085	11.675	29.760
2012	81.008	68.588	149.596	62.311	56.362	118.673	18.697	12.226	30.923
2013	81.850	69.714	151.564	62.338	56.839	119.177	19.512	12.875	32.387
2014	82.856	71.100	153.956	62.508	57.514	120.022	20.348	13.586	33.934

Quelle: BALI (Beschäftigung : Arbeitsmarkt : Leistungsbezieher : Informationen) – Website: [www.dnet.at/bali](http://www.dnet.at/bali)



*Wasser trinkt, nicht einkauft, nicht arbeitet oder keine Ausbildung macht und wenn man nicht reist.*<sup>27</sup> Die Themen waren aktuell und informativ, behandelten die politischen Strukturen, das krisengeschüttelte Griechenland, die Asylwerber, Großbritanniens möglicher Ausstieg aus der EU, Einsätze der EU im Ausland und schließlich den Freihandel im Zusammenhang mit „TTIP – Transatlantic Trade and Investment Partnership“. Letzteres war in Vorarlberg sehr umstritten.

Ein unlängst von der AK thematisierter Bereich bezog sich auf die Zuwanderung aus den europäischen Ländern nach Vorarlberg seit dem Jahr 2008. Die umfangreiche Studie von Eva Häfele „Europäisch, jung, mobil – Neue Zuwanderung nach Vorarlberg 2008 bis 2014“ aus dem Jahr 2015 schafft Klarheit über die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt und über die Faktoren für eine gelungene Integration von Arbeitsmigranten.

Rund 50 000 Menschen demonstrieren in Straßburg gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie – unter ihnen die AK mit 250 Vorarlberger Arbeitnehmern.